

Hohenstein-Ernstthal-Grüthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hohenstein, des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



Anzeiger

Druck und Verlag von J. Nuy Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callenberg, Grumbach, Litzschheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Erlina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Nr. 272

Montag, 22. November 1920

70. Jahrg

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. November.

Auf der Tagesordnung steht folgende sozialdemokratische Interpellation über die

Sozialisierung des Bergbaues

„Die Reichsregierung bereit, zu erklären wann sie den schon wiederholt — und besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spa — zugelayten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapitals- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchführt.“

Abg. Köppler (Mehrheitssoz.) begründet die Interpellation und gibt einen historischen Überblick über die Entstehung des jetzigen Bergwerkseigentums. Der Entwurf des Reichswirtschaftsrats ist rein privatkapitalistisch. Er will zehn bis zwölf Kohlenbergbauunternehmen, die die ganze Wirtschaft beherrschen. Die Arbeiter will man mit Kleinkapital abfinden. Das würde zu einem Verfallkapitalismus führen, der nicht nur über Reichen, sondern auch über das Volkswohl hinweggehen würde. Wir lehnen die Gewinnbeteiligung im Einverständnis mit der Sozialisationskommission ab. Die Bergarbeiter wollen nur ihre Arbeit in den Dienst des Ganzen stellen.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Auf die Begründung der Interpellation habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erwidern:

Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung der gesetzgebenden Körperschaft vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats über die Grundfragen des Entwurfs noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaues bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese entscheidende Frage der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beabsichtigt, ihre Verhandlungen am 1. Dezember d. J. aufzunehmen. Solange die berufenen sachverständigen Vertreter noch in ausgiebigeren Verhandlungen über einheitliche, aus gemeinsamer Verständigung hervorgegangene Richtlinien beraten, denen hinsichtlich der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe die größte Wichtigkeit beigemessen werden muß, wäre es eine nicht genügende Beachtung des Gedankens sachmännischer Mitarbeit und der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Beschluß über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen würde.

Ich habe dieser Erklärung nur wenige Worte hinzuzufügen. Der Vorredner hat an die Regierung die Frage gestellt, ob sie nach wie vor bereit sei, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues vorzunehmen. Er hat gefragt, ob nicht etwa die Art dieser Regelung zu vergleichen sei mit der Etkernacher Springprojektion. Ich darf darauf verweisen, daß selbst die Etkernacher Springprojektion nicht einen Schritt vorwärts und zwei Schritte rückwärts, sondern zwei vorwärts und einen Schritt zurück macht. Darüber hinaus darf ich Ihnen aber versichern, daß die Reichsregierung keine Springprojektion ist und auch nicht in der Art der Springprojektion vorzugehen gedenkt. Sie glaubt einen geraden, aber wohlüberlegten Weg einschlagen zu sollen und zu müssen. Daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht einfach zu lösen ist, hat auch der Vorredner anerkannt. Diese Tatsache dürfte mit großer Deutlichkeit auch daraus hervorgehen, daß auch die Partei der Inter-

pellanten, die 1½ Jahre lang teils allein, teils maßgebend in der Reichsregierung gesessen hat, keinen solchen Weg während der Zeit ihrer maßgebenden Tätigkeit uns vorzuschlagen vermochte (Zustimmung rechts). Es wäre nach Auffassung der Reichsregierung vermissen, wenn wir in dieser außerordentlich schwierigen Frage, die gerade bei der allgemeinen Bedrängnis unserer Wirtschaft von außen und innen mit besonderer Wichtigkeit gelöst werden muß, jetzt vorgingen unter Nichtachtung derjenigen Beratungen, die gerade im Augenblicke stattfinden unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete die in großer Zahl auch aus Ihren Reihen an diesen Beratungen beteiligt sind. Wir müssen vielmehr heute, wie immer, alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für unser gesamtes Wirtschaftsleben so außerordentlich einschneidenden Frage unter Zuziehung aller parteipolitischen Ansichten rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und mit den Sachverständigen zu rufen, welche Erledigung dieser Frage unumgänglich sein kann, einer Frage, die von so außerordentlicher Wichtigkeit für unsere gesamte Zukunft ist. Es gibt nur einen wirklich sachlichen Weg, der begründet ist auf der gemeinsamen Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte unseres Volkes, wie sie sich jetzt anbahnt in den Beratungen, die hauptsächlich zu einer gerechtfähigen Erledigung führen werden, die für uns alle befriedigend ist. Deshalb kann die Regierung im gegenwärtigen Augenblick, wenn sie ihre Aufgabe ernst auffaßt, an diesen Beratungen nicht vorübergehen. Sie muß mit Ihnen wünschen, daß sie gedeihen mögen zum Segen unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Abg. Holz (Ztr.): Meine Fraktion billigt die Erklärung der Regierung. Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie die in Aussicht gestellten Vorlagen baldigst vorlegen wird. Es erscheint auch uns zweckmäßig, daß die Regierung die Verhandlungen der vom Reichswirtschaftsrat eingesetzten Kommission abwartet. Wir wünschen, daß die Beratungen der Kommission möglichst schnell zum Abschluß gerätet werden.

Abg. Leopold (Deutschnall.): Mit der Förderung der Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues verläßt die Sozialdemokratie die Plattform, die ihre berufenen Vertreter, als sie an der Regierung war, aus Vorlicht oder Klugheit angenommen haben. Der Abg. Bernstein sagte zum Schluß eines Artikels: man lasse sich nicht durch das Schlagwort Sozialisierung blenden! Nach am Mai die es Jahres erklärte der Minister des Innern in Preußen, Severing: „Wäre ich Wirtschaftsdiktator, ich würde es mir sehr überlegen, ob ich den Bergbau sozialisieren würde. Heute bedeutet die Sozialisierung keine Erleichterung unserer Wirtschaft.“ Diese Äußerungen ließen sich beliebig vermehren: sie beweisen, daß über die Notwendigkeit oder die Vorteile der Sozialisierung im gegenwärtigen Augenblicke zum mindesten eine einheitliche Auffassung auch in den Reihen der Sozialdemokratie nicht vorhanden ist. Die Sozialdemokratie hat uns aber, auch als sie an der Regierung war, keinen Weg gezeigt, der zur Sozialisierung führen könnte. Wenn von ihr heute so laut und gebieterisch die Sozialisierung gefordert wird, so kann dies nur durch Gründe der Propaganda und Taktik bedingt sein. Der Weg kann nicht allein für die Arbeiterschaft sein, sondern für unser ganzes deutsches Volk ins Verderben führen. Die Propaganda für die Sozialisierung ist also parteipolitischer Natur. Bei Behandlung der vorliegenden Frage sollte die Politik vollkommen ausscheiden. Die Drohung mit dem Streik kann uns im gegenwärtigen Augenblicke, wo es sich darum handelt, die wichtigsten Probleme unserer Wirtschaft zu erörtern, nicht man'end machen in der Erwägung, daß nur nach ruhiger, klarer Überlegung die Frage behandelt und gelöst werden können. Die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes ist so düster wie nie zuvor. (Zuruf links: Fre aber nicht! Sie stehen die Profite ein!) Die Profite, das wissen Sie, sind äußerst gering. (Lärm links.) Einwandfreie Zahlen können jederzeit vorgelegt werden. Die Folge wäre Verarmung und Verelendung. Stört man jetzt die Entwicklung, so muß die sich anbahnende Besserung der Produktionsverhältnisse mit einem Schläge angehalten, ja vielleicht in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die beiden bisherigen Sozialisierungsommissionen sind derart einseitig zusammengesetzt gewesen, daß die maßgebenden Personen des Wirtschaftslebens dabei nicht zu Worte gekommen sind, ja

sie sind sogar befehligt gewesen mit Personen, die die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besaßen. (Unruhe und Zwischenrufe links.) Eine Vollsozialisierung dieser Art kann weder eine Verbilligung der Kohle noch eine Erhöhung der Förderung bringen, vielmehr alles andere, nur nicht sozial. Ein freies, selbständiges Arbeiten innerhalb der Betriebe würde zur Unmöglichkeit werden. Produzent und Verbraucher, insbesondere aber der Großverbraucher, müssen sich gegenseitig aufeinander einstellen. Durch Verträge mit einer Organisation oder dem Staate können die Bedürfnisse der Verbraucherindustrie niemals gedeckt werden. Nur bei einheitlicher Leitung in der Kohlenindustrie können wir in Deutschland hoffen, allmählich Einsparnisse zu machen und unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Wir müssen das Ergebnis der Beratungen dieser Sachverständigenkommission abwarten und werden dann Stellung zu nehmen haben. Jede Vollsozialisierung würde produktionshindernd und -verleuernd. Wir lehnen eine Entwicklung auf dem vorgeschlagenen Wege ab, weil uns das Leben unseres Volkes zu teuer für derartige Experimente ist. Die Rücksicht auf die feste Stimmung der sozialistischen Arbeiterschaft kann uns in unserer Stellungnahme nicht wandern machen. Der Abg. Imbusch hat sich auf reiflicher Auffassung der Verständigungsmission angesprochen, daß das Ziel auch ohne Klassenkampf zu erreichen sei. In vielen Bergarbeiterversammlungen ist die Auffassung deutlich zum Ausdruck gerätet worden. So lange nur das Selbstinteresse die Triebfeder der Wirtschaft bildet, so lange besteht keine Möglichkeit, ohne schwerste Gefährdung unseres geklärten Wirtschaftslebens eine Verringerung der bisherigen Organisationsform durchzuführen.

Abg. Dr. Curtius (Dtische. Vp.): Wir billigen das Verfahren der Regierung. Wir müssen die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats abwarten. Es ist geradezu eine verfassungsmäßige Pflicht der Regierung, vor der Einbringung eines solchen Gesetzes den Reichswirtschaftsrat zu konsultieren. Das Verfahren, das der Reichswirtschaftsrat eingeleitet hat, ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Wir müssen daher im gegenwärtigen Augenblicke Nerven behalten, um zu sehen, wie der Entwurf des Reichswirtschaftsrats aussieht. Nach der Reichsverfassung sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. Wir müssen warten, bis alle Verständigungsmöglichkeiten im Reichswirtschaftsrat erschöpft sind. Der Weg der Politik ist gekennzeichnet durch den Generallstreik vom 20. März. Eine Etappe auf diesem Wege war die Einsetzung der Sozialisationskommission. Ihre Arbeiten standen ganz unter diesen politischen Gesichtspunkten. Nach dem Erscheinen ihres Entwurfs hat am dem Betriebsrätekongreß im Oktober Dr. Hilferding ausgeführt, die Einheit des Proletariats erfordere die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. (Sehr richtig bei den Unabh.) Auch im Ruffel hat sich Herr Schmidt für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues nach dem Entwurf 1 der Sozialisationskommission ausgesprochen und dann begann der Wechsel zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien: Erst der Entwurf der Unabhängigen, dann die heutige Interpellation.

Die heutige Begründung der Interpellation ist ein Rückfall in die Zeit des Generallstreiks, die wir glücklicherweise überwunden haben. Auf dem Wege werden wir nicht folgen. Wir wollen nicht, daß die Kohlenwirtschaft aus unserer einheitlichen Wirtschaftskörper herausgeschneitelt wird. Wir wollen keine Bureaukratisierung.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.): Die Regierungsklärung erscheint begründet. Wir erwarten, daß der Gesetzentwurf bald kommt.

Abg. Henke (Unabh. rechts): Wir verlangen die Vollsozialisierung.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Deutsche demokratische Fraktion vertritt wie schon wiederholt betont und bestigt hat, den Standpunkt, daß es eine der wichtigsten und dringendsten Fragen der Gegenwart sei, der Allgemeinheit und der Arbeitnehmerschaft einen größeren Anteil als bisher an der Gestaltung und den Erträgen der Wirtschaft zu sichern, ohne auf die kraftvolle Beteiligung der Unternehmerpersönlichkeit zu verzichten. Sie erkennt an, daß die Lösung dieser Frage der äußersten Beschleunigung bedarf, um in unserer Wirtschaftslieben Ruhe, Vertrauen und Arbeitsfreudigkeit einkehren zu lassen und damit die Leistungsfähigkeit der Produktion zu steigern. Es ist deshalb unverzüglich in eine Prüfung der Wege einzutreten, die zu diesem Ziele führen können.

Abg. Roenen (Unabh. links): Ich habe seit und Unparteilichkeit vorgegangen werde. Die

mir gewundert, daß der Rechtsabhängige nichts über das Verhalten der Rechtssozialisten seit dem März gesagt hat. (Heiterkeit.) Hat man sich bereits miteinander verständigt? Die Interpellation ist nur Scheinlei. Die Rechtssozialisten hatten ja auch einmal den Auftrag, die Sozialisierung durchzuführen, aber sie haben versagt. Der proletarische Staat braucht keinen Sozialismus. Wir brauchen den klassenlosen Staat, die kommunistische Gesellschaft. Das Volk rüftet sich zu neuem Kampf. (Hort! Hort!) Durch Behebung der Betriebe werden wir den Kapitalismus zerrüttern. (Beifall auf der Linken.)

Abg. Jauschek (Soz.): Der Vorredner hat durch seine Darlegung die Geldchranftnader auf den Plan gerufen. (Heiterkeit.) Große Unruhe bei den Unabh. (links.) Der Minister hat der früheren Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in 1½ Jahren kein Sozialisierungsgesetz gemacht habe. Der Vorwurf ist unerschöpflich, denn die frühere Regierung, der meine Parteifreunde angehört, mußte zunächst den Friedensschluß abwarten. Dann wurde sie durch den Rapp-Buß gestört. Die Minister und die Rechte seien darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in den Kohlenzentren nicht mehr warten wollen. Es wurde behauptet, daß durch die Sozialisierung keine Produktionssteigerung eintritt. Wird die Sozialisierung nicht eingeführt, so ist zum mindesten ein Rückgang der Produktion sicher.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Gesetz über Oerichtsien, sozialdemokratische Interpellation über Kapitalverchiebungen nach dem Ausland. Schluß 2½ Uhr.

Die Völkerverbandsstagnung in Genf

schleicht weiter fort. In der gestrigen Aussprache hob Barnes (England) die Aufgabe des Völkerverbandes hervor, durch internationale Verhandlungen das Los der Arbeiterschaft zu verbessern. Eine weitere außerordentlich wichtige Aufgabe des Völkerverbandes liege darin, Konflikte zwischen den verschiedenen Völkern zu verhindern. Ich richte die laiegerichtliche Frage an den Völkerverband, warum er in dem Konflikt zwischen Polen und Rußland nicht interveniert hat? Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung kam Barnes sodann auf die Frage der Zulassung der ehemals feindlichen Staaten zu sprechen. Er erklärte: Im Bewußtsein der vollen Verantwortung und im Namen der englischen Arbeitermassen muß ich die Forderung erheben, daß diese ehemals feindlichen Länder im Völkerverband zugelassen werden. Diese Einlassung der englischen Arbeitermassen wird zweifellos von der Arbeiterschaft der ganzen Welt geteilt. Die englische Arbeiterschaft vergißt keineswegs, daß die Zentralmächte im Jahre 1914 die Welt in ein Blutmeer gestürzt haben und will die Verantwortlichkeit dieser Völker und ihre Pflicht, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen, keineswegs ablegen. Es ist nicht Sache des Völkerverbandes, die Verträge und ihre Ausführbarkeit zu diskutieren. Aber es ist Sache des Völkerverbandes, die Welt aus dem Chaos, in das sie durch den Krieg gestürzt hat, zu retten. Heute muß doch festgestellt werden, daß die kaiserlichen Regierungen und die verantwortlichen Kanzler verschwunden sind und einer vergangenen Zeit angehören, und daß die Regierungen, mit denen wir es heute zu tun haben, Vertreter des deutschen Volkes sind, das Einfluß auf diese Regierung hat. (Beifall.) Der Völkerverband muß nicht rückwärts, sondern in die Zukunft blicken. Nur dann wird es ihm möglich sein, die Wirkung der ganzen Welt sich zu sichern und eine Ära des Friedens und der kontinentalen Entwicklung der Nationen zu schaffen. (Beifall.)

Nach Barnes sprach Zehle (Dänemark), der u. a. auch die Forderung unterstützte, die Dokumente über die Verhandlungen des Völkerverbandes der Öffentlichkeit in vollem Umfang zugänglich zu machen.

Als letzter Redner sprach Bundespräsident Metta, der verlangte, daß von einer Kommission die Frage geprüft werden müßte, wie die Beziehungen des Völkerverbandes zum Völkerverbandrat und zur Völkerverbandsversammlung geregelt werden könnten. Auch müßte die Stellung festgelegt werden welche der Völkerverband gegenüber den Staaten einzunehmen habe, welche den Völkerverbandsvertrag nicht unterzeichnet hätten. Die Schweiz hoffe, daß bei der Anwendung der Bestimmungen der Verträge, welche vom Völkerverbande auszuführen sind, im Geiste der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit vorgegangen werde. Die

Verlorene Lebensmittel-Bezugskarten.

Louis Wolf, Rudolphstr. 65
Johannes Winter, Adalg-Albert-Str. 4
Arno Zerpe, Döner-Str. 89
Oskar Landrock, Chemnitz-Str. 77
H. Kemmerel, Baumgärtner-Str. 23

1 Lebensmittelkarte Nr. 118
1 Lebensmittelkarte Nr. 4200
1 Lebensmittelkarte Nr. 1537
1 Lebensmittelkarte Nr. 5248
1 Lebensmittelkarte Nr. 182

Bei Gefangnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft:

1. Wer zur Erlangung solcher Bezugskarten oder -marken falsche Angaben macht.
2. Wer gefundene Bezugskarten oder -marken nicht innerhalb drei Tagen dem städtischen Lebensmittelamt übergibt.

Hohenstein-Ernstthal, am 22. November 1920. Der Stadtrat.

Nachdem einige Händler die Verkaufsvorschriften durchbrochen und vorzeitig besterzt haben, findet nunmehr der Verkauf des **Rohwehles** in folgenden Geschäften statt: Borenz, Gütergrund, Müller, Adalg-Albert-Str., Dreifelder, Ruter, Bismarck-Str., Schubert, Schenckel-Str., Schneider, Beter, Sialle, Altmarkt, Baumgärtel, Bülloch, Prinz, Schöpfung, Straß, Raifstr., Betareich, Weiler, Weber, Dresden-Str., G. Hiltz, Parität, Tücht, Hoje, Reinhold, Babst, Wagner, Centralstr., Wegel, Marktstr., Bogrig, Kemnitz, Kähler, Oßtr., sowie in den Geschäften des Konsum-Vereins, sowie Vereinen der Festbesoldeten.

Abchnitt 2 und 8 der Rohwehlskarte werden mit je 1/4 Pfd. befristet.

Verkaufspreis: 5,40 M. = 1 Pfund.

Der letzte Verkaufstag ist Freitag, den 26. Novbr. Die Händler haben Montag, den 29. November vormittags 10-11 Uhr im Lebensmittelamt, Zimmer 13, die erdennommenen Merkmalen zusammengefaßt und zu je 100 Stück sorgfältig gebündelt abgeliefert und den genauen Mehlbestand zu melden.

Hohenstein-Ernstthal, den 22. Nov. 1920. Das städtische Lebensmittelamt.

Auslandbutter, jede Portion 50 g = 240 Ml. 3266-3340, 4981-5604, 7000 bis 7500; Butter, 3341-3700, 5601-5850; Eier, 1-1350, 4081-4575; Sammel, 1351-2600, 4576-4700; 8 pr.

Wasserrohrbrüche,

die in der letzten Jahreshälfte häufig aufzutreten pflegen, sind unverzüglich im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 15 (Fernsprecher 19 oder 35) zu melden.

Wasserleitungen und Wassermesser

find gegen Entlohnung durch die städt. Abwässer- und Wasserwerke der Leitung zu schenken. Grob- schäden trägt der Hausbesitzer.

Hohenstein-Ernstthal, am 22. November 1920. Der Stadtrat.

Untere Schule. Der Unterricht in der unteren Schule wird **Dienstag, den 23. November**, ausfallen.

Oberlungwitz, am 22. November 1920.

Der Schulvorstand.

Schweiz lege größten Wert auf die Veröffentlichung der Verträge. Der Völkerbund müsse eine Kerna der offenen Diplomatie eröffnen. Bundespräsident Motta sprach sodann die Zustimmung der Schweiz zu dem internationalen Schiedsgericht und zu der Forderung Lord Cecil aus, daß der Völkerbund eine energische Aktion zur Rettung des armenischen Volkes unternehme.

Der Völkerbund und Deutschland.

Aus Genf wird vom 20. November gemeldet: Die große politische Spannung der ersten Tage ist gewichen, weil man an eine Diskussion über die Aufnahme Deutschlands nicht mehr glaubt. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß Deutschland aufgefordert werden wird, den nächsten Tag im Frühjahr des kommenden Jahres beizuwohnen. Die Franzosen bekämpfen sich die Ansicht zu bekämpfen, daß England hierin eine andere Haltung als Frankreich einnehme. Auch dem ersten Auftreten Balfours, den man in französischfreundlichen Kreisen gegenüber Cecil und Barnes ausfallen möchte, wird mit großem Interesse entgegengekehrt.

Von dem verschwommenen Hintergrunde der zum Teil aus dem Fenster herausgesprochenen großen Redensarten der heutigen Vollversammlung hat sich klar eine Auseinandersetzung zwischen Kewell (Kanada) und Littoni (Italien) ab, welche der Resolution vorzuziehen der Welt galt. Der kanadische Delegierte sprach dem Völkerbund in dieser Frage die Kompetenz ab. Es handelte sich hier um eine interne Angelegenheit der einzelnen Staaten. Littoni nahm in einer großen Rede Gelegenheit, Kanadas egoistischen Standpunkt zu tadeln. Die internationale Zusammenkunft in der Resolution sei nach seiner Ansicht eins der wesentlichsten Probleme. Sowohl der kanadische, als der italienische Delegierte waren sich dagegen einig in der Auffassung, daß der Völkerbund seine Aufgaben nur erfüllen könne, wenn alle großen Staaten ihm angehörten. Für jeden der die Debatte verfolgt, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß rein theoretisch eine ansehnliche Mehrheit für die notwendige Erweiterung der Liga durch Aufnahme Deutschlands vorhanden ist, daß diese Mehrheit aber von der französischen Delegation majorisiert wird.

Ein Brief Lloyd Georges.

Im englischen Unterhaus berührte ein Abgeordneter das Gerücht, daß Deutschland zögere, seine Zulassung zum Völkerbund nachzuziehen, weil es befürchte, einen abschlägigen Bescheid zu erhalten. Lloyd George erwiderte, daß dies nicht der vom Reichstag formulierte Grund sei. Er fügte hinzu, daß ihm nicht bekannt sei, daß die französische Regierung ihrem Vertreter in Genf bezüglich der Zulassung Deutschlands besondere Instruktionen erteilt habe.

Der „Temps“ will erfahren haben, daß die spanischen Delegierten in Genf in Gesprächen ihre Absicht kundgaben, die Bedingungen für eine Zulassung Deutschlands zum Völkerbund in Genf zur Erörterung zu bringen.

Die Mandate über die deutschen Kolonien

Der Rat des Völkerbundes hat vor einiger Zeit Beschlüsse über die früheren deutschen Kolonien gefaßt, die der deutschen Regierung Anlaß zum Einreichen gegeben haben. In den Beschlüssen hat sich der Rat auf den Standpunkt gestellt, daß die Verteilung der Mandate über die Kolonien und ebenso die Festlegung der Bedingungen für die Mandatsausübung Sache der alliierten Mächte ist, während dem Völkerbund dabei nur eine unwesentliche und rein formelle Funktion vorbehalten

bleiben soll. Es ist klar, daß dieser Standpunkt das ganze Mandatensystem zum bloßen Schein macht und in Wahrheit auf eine Annexion der Kolonien durch die Sieger hinausläuft. Die deutsche Regierung hat diese Verteilung des Friedensvertrages in einer ausführlichen Denkschrift darlegt, die dem Generalsekretär des Völkerbundes mit dem Ersuchen übermittelt worden ist, sie der jetzt in Genf tagenden Vollversammlung des Völkerbundes zu unterbreiten. In der Denkschrift wird nachgewiesen, daß die Verteilung der Mandate und die Festlegung der Mandatsbedingungen Sache des Völkerbundes selbst ist, der allein die Verantwortung für die vertragsmäßige Verwaltung der Kolonialgebiete trägt. Zugleich ist mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland den Anspruch erhebt, bei der endgültigen Verteilung der Mandate selbst mit als Mandatar herangezogen zu werden.

Ein Verrat am deutschen Volkstum.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann hat an die Reichsregierung eine kleine Anfrage gerichtet, in der die Regierung gefragt wird, ob sie von der Erklärung des deutschen Volkstages in Rom an die „Tribuna“ Kenntnis habe, und ob diese Erklärung ihre Billigung finde.

Der die Vorgeschichte dieser kleinen Anfrage sei folgendes mitgeteilt: Die Aussagen Dr. Simons im Reichstage über die Förderung des Selbstbestimmungsrechts für Südtirol haben durch eine „Nichtigkeitsklärung“ in einem Berliner Blatte wozu in der betreffenden Rede nur die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts in bezug auf die Ausübung eigener Kultur innerhalb der Grenzen Italiens gemeint gewesen wäre, einen Entzweiungsturm in allen deutschen Volkskreisen Desterreichs ausgelöst. Einen weiteren Kommentar zu den Ansichten des deutschen Außenministers glaubte der deutsche Volkstager in Rom Herr v. Berenberg-Göhrer zu bringen, als er einem Vertreter der römischen „Tribuna“ rundweg erklärte, daß Dr. Simons sehr gut wisse, wie glänzend es der deutschen Bevölkerung Südtirols unter italienischer Herrschaft ginge. Weiter konnte der Gouverneur der italienischen Regierung zu Triest Credaro den Abgeordneten Deutsch-Südtirols höflich einen von der deutschen Volkspartei in Rom an ihn gerichteten Brief vorweisen, in dem die Worte Dr. Simons nochmals dahin erklärt werden, daß mit den Deutschen Südtirols „Italiener deutscher Nationalität“ gemeint gewesen wären, deren gegenwärtiges Wohlergehen dem deutschen Außenminister wohl bekannt wäre. Angesichts dieser Argumente konnte sich dann Credaro erlauben, hinzuzufügen, daß die Deutschen endlich einsehen mögen, daß sie von Deutschland nichts mehr zu erwarten hätten.

Die Konkurrenz der feindlichen Brüder.

Die Interpellation der Mehrheitssozialisten zur angeleglichen Vermögensverflechtung hat die Mitglieder der R. P. D. und der U. S. P. D.-Ligen nicht ruhig lassen. Sie haben im Reichstag folgenden Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen:

a) Die Bekämpfung dieser Angelegenheit durch die Regierung entspricht der Anschauung des Reichstages nicht.

b) Es wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gebildet zur Prüfung der Frage: in welchem Umfange der Vermögensverflechtung deutscher Staatsangehöriger durch die Nachlässigkeit der früheren Reichsregierungen und ihrer Reichsanzler Hermann Müller, Gustav Bauer und Philipp Scheidemann Vorkauf geleistet worden ist.

Ein christlich-soziales Kabinett in Wien.

Nach einer Wiener Meldung ist die Kabinettsbildung vollzogen. Die Konstitution Schöner ist endgültig gesichert. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde mit den Stimmen der Christlich-Sozialen und der großdeutschen Vereinigung folgende christlich-soziale Regierung gewählt: Bundeskanzler und Außenminister Dr. Mayr, Ministerium des Innern und Heerwesen Glanz, Unterrichtsminister, Finanzen Grimm, Ernährungsminister Grünberger, Verkehrsminister, Handel, Industrie, Landwirtschaft, soziale Verwaltung, Reich, Der neue Bundeskanzler ist der bisherige Leiter der Kabinettskanzlei und ehemaliger Innsbrucker Universitätsprofessor.

Am 28. November Volksabstimmung in Griechenland

Das griechische Kabinett hat die Volksabstimmung über die Frage der Rückkehr König Konstantins auf den 28. November festgesetzt. König Konstantin hat an die Regierung telegraphiert, daß er das Ergebnis der Volksabstimmung abwarten wird, bevor er zurückkehrt. Die Regierung hat Seradiades ersucht, das Amt des Kommissars für Smyrna weiterzuführen. Der Leiter der Nationalbank Zaimis ist zurückgetreten.

Wangel will weiterkämpfen.

Einem Berichterstatter der „Evening News“ gegenüber erklärte Wangel, sein Heer sei intact geblieben, um den Kern eines neuen Heeres zu bilden. Er sei bereit, den Bolschewisten auf einer anderen Front Widerstand zu leisten. Alle Gewehre und Maschinengewehre seien gerettet. Nur die Panzerwagen und Tanks seien vernichtet worden. Es sei ihm jedoch nicht möglich gewesen, die Munition zu vernichten. Er habe sich außerdem genötigt gesehen, 15 000 verwundete Soldaten zurückzulassen, während es ihm gelungen sei, 6000 verwundete Offiziere mitzunehmen. Zahlreiche Fälle von Selbstmord und Selbstmord seien, wie der Berichterstatter weiter meldet, unter Wrangels Truppen vorgekommen.

Sächsische politische Mitteilungen.

Einberufung des Landtags.

Der neu gewählte Landtag wird vom Gesamtministerium für den 7. Dezember nach Dresden einberufen.

Das amtliche Wahlergebnis der Landtagswahlen.

Am Sonnabend ist von den zuständigen Stellen das amtliche Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen festgestellt worden. Es ergibt sich danach folgende Uebersicht:

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

Wahlberechtigt: 1 043 013.
Deutschnational: 138 294.
Deutsche Volkspartei: 133 526.
Demokraten: 46 637.
Zentrum: 2458.
Mehrheitssozialisten: 266 638.
Unabhängige (rechts): 65 863.
Kommunisten: 78 369.
Unabhängige (links): 3634.

Wahlkreis Leipzig.

Wahlberechtigt: 775 531.
Abgegebene Stimmen: 575 135.
Deutschnational: 119 823.
Deutsche Volkspartei: 110 818.
Demokraten: 56 000.
Zentrum: 2709.
Mehrheitssozialisten: 69 193.
Unabhängige (rechts): 149 053.
Unabhängige (links): 43 373.
Kommunisten: 24 166.
Unabhängige: 2530.

Die Wahlbeteiligung war sehr ungleichmäßig. In einigen Orten wurden bis zu 100 Prozent der wahlberechtigten Stimmen abgegeben, an anderen nur 33 bis 50 Prozent.

Religionsunterricht in den sächsischen Schulen.

In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen ist die Entscheidung des Reichsgerichts dahin ergangen, daß die Bestimmung des sächsischen Ueberschulgesetzes vom 22. Juli 1920, wonach Schulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Das Reichsgericht stützt diese Entscheidung auf die Vorschriften des Artikels 149 der Reichsverfassung, wonach Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ist. Volksschulen seien nach Artikel 146 Absatz 2 nur in den dort behandelten Ausnahmefällen als bekenntnisfreie Schulen zugelassen. In ihnen müsse daher grundsätzlich Religionsunterricht erteilt werden. Die Bestimmung des Artikels 174, daß es bis zum Erlass des in Artikel 146 Absatz 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bei der bestehenden Rechtslage verbleiben soll, beziehe sich nach Wortlaut, Zusammenhang und Entstehungsgeschichte nur auf Artikel 146, Absatz 2, ordne also das einstweilige Fortbestehen der sächsischen bekenntnisfreien Schulen an, die auf Grund der landesgesetzlichen Vorschriften neben der für die Volksschule vorgesehenen Regelform der Gemeindefachschule mit Religionsunterricht in einzelnen Gemeinden als besondere Ausnahmeform beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden hätten. Wo der Religionsunterricht an den Volksschulen grund-

sätzlich entzerrt sei, handele es sich nicht um eine unter Artikel 174 fallende Rechtslage. Im übrigen sei an dem Tage des Inkrafttretens der Reichsverfassung die in Sachsen bestehende Rechtslage die gewesen, daß Religionsunterricht an den Volksschulen erteilt werden mußte. Da Artikel 174 die Fortdauer der bestehenden Rechtslage vorschreibe, sei damit die Bestimmung des sächsischen Ueberschulgesetzes, nach der für die Zeit vom 1. April 1920 an eine Aenderung dieser Rechtslage habe eintreten sollen, außer Kraft gesetzt worden.

In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch welche der Wegfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Religionsunterricht bündig ist, durch die mit Gesetzeskraft ausgestattete Entscheidung des Reichsgerichts endgültig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen von Sachsen, Hamburg und Bremen über die gesetzliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihre Wirksamkeit verloren haben, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 in der Reichsverfassung eingeführt oder aufrecht erhalten werden muß.

Die Abfindung des sächsischen Könighauses

Dem Landtage wird in einer seiner ersten Sitzungen der Entwurf über die Abfindung des sächsischen Könighauses zugehen. Nach Dresdner Blättermeldungen wird das Gesamtministerium dem Hause Vorschläge unterbreiten, die in Anbetracht der Sachlage, vor allem mit Rücksicht darauf, daß die rein juristische Lage des ehemaligen Königs nach dem Gutachten der Sachverständigen durchaus nicht als besonders günstig angesehen werden kann, als loyal bezeichnet werden können. Nach dem vor kurzem erfolgten Abschluß der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bevollmächtigten des Königs darf damit gerechnet werden, daß der ehemalige König mit dem Abfindungsangebot der Regierung, falls dieses die Zustimmung des Landtages findet, sich einverstanden erklären wird.

Gänslischer Streit bei den Mehrheitssozialisten.

Zwischen den beiden Lagern der Mehrheitssozialisten des Dresdner und Chemnitzer Flügel, die bekanntlich auch in der Frage der Bildung einer Koalitionsregierung entgegengesetzte Wege gehen, hat sich jetzt ein Streit über den größeren oder geringeren Erfolg entsponnen. Während die Chemnitzer behaupten, daß der Wahlkreis Chemnitz die Verluste des Dresdner und Leipziger Wahlkreises eingebracht habe, weist die „Dresdner Volkszeitung“ auf Grund von zahlenmäßigem Material nach, daß gerade der Wahlkreis Chemnitz über 16 000 Stimmen verloren hat, während Dresden nur 3000 mehrheitssozialistische Stimmen verlor und Leipzig 10 000 gewann.

Schlußwort.

Hohenstein-Ernstthal, 23. Nov. 1920.
Wettervorhersage für morgen:
Kalt, heiter, trocken, kühler Wind.
Temperatur am 21. November:
Minimum - 6,9 12 Uhr - 5,2 Maximum - 4,8.

Wie stets in den letzten Jahren, so wanderten auch gestern an Lorensonnagel viele nach den Säulen, da unsere Lieben eine letzte Ruhestätte gefunden haben. Auch die Natur wollte ihr Teil dazu beitragen, diesen Tag vor anderen auszuzeichnen, denn in prächtigen Reichtum hatte sie Baum und Strauch und Gräser gedeihet; das kleinste Zweiglein und jeder Blatt war mit duftigen, glitzernden Weiß besetzt, ein Schmuck, der an den ersten Friedhofsfestlichkeiten besonders stimmungsvoll zur Geltung kam. Und zu diesem Schmuck der Natur kamen dann die unzähligen Kranzgewinde und sonstigen, dem Andenken der teuren Heimgegangenen von der Hand trauernder Hinterbliebener dargebrachten äußeren Zeichen treuer Liebe. Der Tag verlief sonst ruhig und still, vor allem wohl auch, weil der scharfe Ostwind den Aufenthalt im Freien nicht sehr angenehm machte. Gut beachtet waren wie immer die Aufführungen der Turnvereine, so wohnten der des Turnerkundes im „Schützenhauke“ etwa 700 Besucher bei, denen Ludwig Anzengrübners tragisches Meisterwerk „Der Weineidsbauer“ geboten wurde. Der Wiener Volksdramatiker Schuf mit diesen Werten eine scharfe Satire auf Aberglauben und Aberglaube, es ist reich an Szenen ergreifender Wirkung und schönster Poesie. Die Besetzung der Rollen zeigte eine glückliche Hand. Ergreifend besonders spielten die Herren Müsch und Schumann als „Weineidsbauer“ und dessen „gehludrierter“ Sohn Franz. Doch auch der Großmutter, der Lini, der Adamschloßbauer und all die anderen Vertreter männlicher Rollen arbeiteten wacker mit am Gelingen der Aufführung. Gut besetzt war die Rolle der Creszjenz, doch auch die anderen Damen fügten sich gut dem Ganzen ein, wodurch das Zusammenwirken strotzte, und die Mitwirkenden nicht Spielleistung einen vollen Erfolg buchen konnten. Selbstredend blieben hier und da noch verstreute Wünsche in Ausfertigung, gelanglicher Hinsicht u. a. m. Alles in allem, aber durfte der Turnabend und mit ihm die, die ihn gestern durch den Schick der Aufführung unterstützten, mit ihr zu-

Meine Wohnung und Büro befinden sich nicht mehr bei Marx Cigarrenhandlg., Weinkellerstrasse, sondern König-Albertstrasse 19 dem Amtsgericht gegenüber.
Rechtsanwalt und Notar Dr. Haubold.

Biograph-Lichtspiele.

Dienstag 5 Uhr!
„Maison-Fifi“
 Brillantes Lustspiel in 3 Akten mit
Wanda Treumann
 Biggo Larsen.

Großer Wanda Treumann-Abend!

Seelen im Sumpf. 5 Akte. Drama a. d. Großstadtleben von Grete Maffé
 Hervorrag. Ausstattung. Tiesfergr. Handlung. Das sorglose, ewig heitere Großstadtleben leuchtet uns entgegen. Große Vorstellung im Theater. Das elegante Publikum flutet in den Wandelgängen und im Vestibül. Aber wie seltsam: Als Baron Malten, der als Theaterbesucher ebenfalls die Treppe herunterkommt, bewundernd die schöne Frau erblickt da läßt diese auf ein beschlagenerisches Zeichen ihres Mannes den Sächer fallen. Malten hebt galant den Sächer auf und reicht ihn ihr. Beide haben sich einen Augenblick tief angesehen. Nur eine winzige Passage im Lebensschicksal zweier Menschen, die aber doch von großer Zukunftsbedeutung werden sollte.

Mittwoch 5 Uhr!
Voranzeige:
 Sonnabend Sonntag!
Ludwig Gauhofers
Ed. Im. B. - König.
 Spann. Hochlands-Drama.

Kammer-Licht-Spiele

Nur 1 Tag — Dienstag
 das gewaltigste überall aufsehenerregende
Liebes-, Sensations- und Zirkus-Drama
„Dämon der Welt“
 Mieses-G-Akte. Mieses-G-Akte.
 Ueberritt an fabelhaften Sensationen und Zirkusjemen den Cebesjodei Nervenregend und doch tiefergreifend. Kein Zirkus ist in der Lage, diese Sensationen zu überbieten. Liefert auch diese Woche im Kaufmännischen Vereinshaus (3. Teil) Infolge nur Dienstag. In diesem Film ent- der enormen Unkosten. Sprech. versch. Musik.

Außerdem der unheimliche Detektiv-Schlager
4 Akte. Fall Routh 4 Akte.
 Mittwoch u. Donnerstag der mit fieberh Spannung erwartende grandiose Sitten-Monumental-Film
„Tilly und Lillys Ehe“
 Alle 2 Teile, alle 10 Akte in einem Programm
 Mit Mia Paßau, Reinhold Schünzel und nur 1. Künstlern

Verstärkte Musikkapelle.

Nicht nur Fett-



gehalt, sondern gerade der Salmiak- und Terpentinzusatz macht
Dr. Bentner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Goldperle
 waschräftig und wirkt doch milde.
 Zum Einweichen:
 Rotstern-Bleichsoda.
 Hersteller: Carl Bentner, Göppingen (Württ.)

Braunkohlen-Preßsteine

in kleinen und größeren Posten gibt ab, je Zentner 14,50 Mark,
Maschinenziegelwerk,
 Hohenstein-Gr., Wäldenbrandt Straße. — Fernsprecher 198.

Achtung! Nur zwei Tage!
Herren-Anzug- für Ulster- u. Damentostümmstoffe
 bringe ich im **„Zur Krone“**, Gersdorf, am Montag und Dienstag, den 22. und 23. November sehr preiswert zum Verkauf.
Ernst Bawe

Befreit von der schrecklichen
Brähe
 Hautausschlag, Flechten, Hautjucken usw., wurden Tausende durch den Gebrauch der **„Herbolium“**
 1 Dose für Kinder M. 4.—
 für Erwachsene M. 6.—
 für alte Fälle M. 8.—
 für ganz alte Fälle M. 10.—
 1 Pat. Fee zur Blutreinigungskur 2.— M.
 Zu haben in
Hohenstein-Gr. Ernstthal:
 Drogerie Oscar Fichtner,
 Drogerie Emil Uhlitz,
 in Lugau in der Drogerie
A. Wettermann.

Biogenbock
 1/2 l., gegen ebensolche Ziege (Hornlos) zu verkaufen oder zu verkaufen
A. Sicker,
 Röhrensteig 26.
 Fernsprecher 334.

Blauerunterricht
 für Anfänger gibt Frau
Schäppel, Oberlungwitz 231.

Wer gibt in Gersdorf
 gegen gute Bezahlung ein un-
 mögl. Zimmer, möglichst mit
 Ofen, ab? Werte Offerten an
Gertrud Senter, Lugau,
 Schulstraße 28 erbeten

Grundstück
 in Wäldenbrandt von 7290 qm
 Bauland auf dem „Wind“ zu ver-
 kaufen. Tausche auch kleines
 Haus mit Garten dafür ein.
Emil Schröpfer, Neustadt
 b. Chemnitz, Zwickauerstraße 16.

Husten, Heiserkeit, Katarrhe
 werden erfolgreich bekämpft durch
Wawil-Tabletten.
 Zu haben
 Hoh-Gr. Ost Fichtner, Drogerie
 Gersdorf: Drogerie z. Bergmann,
 Lugau: Drogerie Ullrich.

Lose Lotterio-Kollektion
 Zeuner, Dresden Nr. 15
 a Nr. 360 Ziehung November
 „ 360 „ Dezember
 „ 4- „ Januar
 „ 760 „ Dezember.

Achtung! Rester!

Durch vorteilhaften Einkauf von
Restern zu Herren-Anzügen, Damenkostümen, Blusen, Rücken, Kinder-Kleidern usw.
 empfehle selbige zu äußerst billigen Preisen.
 Rester sind bedeutend billiger als vom Stück,
 deshalb günstige Kaufgelegenheit!
A. Hössler, Parkweg 12.

Gemeindeblatone Oberlungwitz.
 Dienstag, den 23. Nov. 1920, abends 8 Uhr im **Waldhaus**
 „Zum Laum“
außerordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Mitteilungen 2. Kassenberichte 3. Entl. Uebernahme der Gemeindeblatone durch die politische Gemeinde Zutritt zur Generalversammlung haben alle Gemeindeglieder, welche einen Beitrag an die Sammler geleistet haben.
Der Gemeindevorstand, stellv. Dorf

Agenturfirma

Handelsger. eingetr.
 sucht noch Vertretung erstklassiger
Strumpfabriken
 evtl. Trikotasen und Sweater. Lager und Büroräume in bester Lage einer Großstadt zur Verfügung. Angeb. von nur leistungsfäh. Fabrikanten unter L. S. 5121 an die Ann.-Exp. B. Dickmann, Gelsenkirchen.

Lohnarbeit vergiebt
 auf 33, 36 und 39 gge. Cottonmaschinen
in Kunstseide laufend
 größeres Unternehmen.
 Angebote mit Lohnforderungen und Leistungen per Woche unter B 5008 an Ala Saasenskieta & Vogler, Chemnitz erbeten

Als Hauschneiderin
 empfiehlt sich
Gertrud Senter,
 Lugau, Schulstr. 28.
 A. ältiges
Kindermädchen
 als Aufwartung gesucht
Bismarckstraße 33.

G. Böß ehrl. Laufjunge
 sof. gesucht
**Reinigungs-
 Fittale Tscholas 1**

Ein ordentliches Dienstmädchen
 (nicht unter 16 Jahren) wird für sofort gesucht.
Friedrich Apel, Zwickau,
 Planitzstraße 8, 1. Treppe.

Ich kaufe
 alle Fenster, Bilder und Spiegel mit Glas, auch ganz defekte zu allerhöchsten Preisen.
Richard Vogel,
 Stalerei, Breitestr. 7

Großen Posten
Vitragekostoff,
Leinen Handtücher
 empfiehlt
Os. Gläser, Schützenstr. 20.

Motor Kurzschluß-
 anker
 3 PS 220 Volt zu verkaufen
Falten 60

Rachel-Herd
 zu verk. **Lungwitzstr. 5.**

Ein Zupochse,
 braune Hoblenkute, ein Sepa-
 rator u. ein Marktwaagen zu
 verkaufen **Falten 48**
Mittleres

Ländchenfaß
 sucht zu kaufen.
Emil Stempel Goldbachstr.

2 Ländchenweine
 zur Zucht geeignet verkauft
A. Sicker, Röhrensteig 26.

Verkaufe
 1,4 Landhäbner sowie Falsett
 zu einem vollständigen Bett
Dresdnerstr. 19 I.

Auktion.

Dienstag nachmittag 2 Uhr
 versteigere ich auftragsgemäß im
 „**Waldhaus**“ in Oberlungwitz
 eine Handbohrmaschine, einen Auf-
 stoßapparat mit Rechen, einen Aus-
 zugstisch, einen Waschtisch, Koffer,
 zwei Postersätze, Wannen und
 verschiedenes Küchengerät eine
 Wurstspitze, Luftpumpe, Luft-
 fessel (zur Kletterung geeignet)
 Militärhüte, Kinderschuhe und
 verschiedenes mehr
Ortsrichter Landgraf.

Bessere blaue
Blüschgarntur
 20/2, 2 Seffel, Teppich 2x3
 Meter, **Rußbaumtisch** sehr gut
 erhalten zu verkaufen Wo, sagt
 die Geschäftsstelle b B

Piano
 auch reparaturbedürftig, per Kasse
 zu kaufen gesucht Angebote
 u. B. S. 50 an Ala Saasens-
 kieta & Vogler, Reichendach
 t B erbeten

Prima gelbe
Viktoria-Erbisen
 diesjährige Ernte, verkauft zu
 Tagespreis
A. Sicker, Röhrensteig 26
 Fernspr. 334

Frau Alma Conrad

im Alter von 44 Jahren.
Hohenstein Ernstthal, Ehrenberg, Lugau, Ober-
 lungwitz, am 22. November 1920.
 Dies zeigen tiefbetäubt an **Hannchen Conrad,**
Maribel Conrad,
Willy Sehm.
 Die Beerdigung unserer teuren Verbliebenen findet
 Dienstag, den 23./11. 20 nachm. 1/3 Uhr von der Be-
 hausung, Bismarckstraße 18, aus statt.

herzlichsten Dank

auszusprechen. Vor allem möchten wir der Firma
 Schubert u. Salzer A. G. (Zweigwerk Theodor
 Liebernecht) sowie den werten Arbeitskollegen für
 die Ehrungen unseres teuren Entschlafenen danken.
Hohenstein-Gr., den 22. November 1920.
Familie Georg Hand.

herzlichsten Dank.

Allen lieben Freunden und Bekannten, die uns an-
 läßlich unserer **silbernen Hochzeit** durch Glückwünsche
 und Geschenke so überaus erfreuten, sowie dem lieben Män-
 nergesangsverein für das uns dargebrachte Morgenständchen,
 sagen wir hiermit unseren
herzlichsten Dank.
Emil Selbig und Frau
 Minna geb. Köster.
 Reichenbach b. H.-Gr., Nov. 1920.

Hausbörseverein
 Oberlungwitz.
 Mittwoch, den 24. Novbr.,
 abends 8 Uhr
Versammlung
 im Vereinslokal.
 Mitgliederaufnahme.
 Kirchenvorstandswahl betr.
 u. Verschiedenes
 Der wichtigen Angelegenheit
 halber wünscht eine rege Betel-
 ligung **der Vorstand.**

Chaiselongue

neu, äußerst billig zu verkaufen
A. Gessischel, Kasstr. 19.

Geld jed. Höhe auszuleihen v.
 Selbstgeber dch G. Wolf,
Chemnitz, Bernsdorferstraße 46.

100 Mk. Belohnung

suche ich demjenigen zu, der mir
 die Person so nachweist, daß ich
 gerichtlich gegen sie vorgehen kann,
 die mir am Freitag abend gegen
 7 Uhr aus dem Brauereischuppen
 mein **Fahrrad** (Diamant Nr.
 94626) mitgehen ließ. Vor An-
 kauf wird gewarnt.
Ernst Gerb. Itzschheim 14.

Frau Alma Conrad

Sanft und ruhig verschied am 20. Nov. 1920 nachm.
 1/2 Uhr nach langem, schweren Leiden zum größten Schmerze
 der Hinterbliebenen unsere gute innigstgeliebte, treu-
 gebende Mutter, Schwester und Schwiegermutter,
Frau Alma Conrad
 im Alter von 44 Jahren.
Hohenstein Ernstthal, Ehrenberg, Lugau, Ober-
 lungwitz, am 22. November 1920.
 Dies zeigen tiefbetäubt an **Hannchen Conrad,**
Maribel Conrad,
Willy Sehm.
 Die Beerdigung unserer teuren Verbliebenen findet
 Dienstag, den 23./11. 20 nachm. 1/3 Uhr von der Be-
 hausung, Bismarckstraße 18, aus statt.

herzlichsten Dank

Motto: So ist einmal der Welt, ja, man
 möchte sagen, der Menschen Lauf,
 ein immerwährend Kommen und
 Gehen.
 Zurückgekehrt vom Grabe unseres zu früh da-
 hingeschiedenen Sohnes und Bruders ist es uns
 Bedürfnis, allen denen, die uns durch ihre Teil-
 nahme so reichlichen Trost spendeten, unseren
herzlichsten Dank
 auszusprechen. Vor allem möchten wir der Firma
 Schubert u. Salzer A. G. (Zweigwerk Theodor
 Liebernecht) sowie den werten Arbeitskollegen für
 die Ehrungen unseres teuren Entschlafenen danken.
Hohenstein-Gr., den 22. November 1920.
Familie Georg Hand.

herzlichsten Dank.

Allen lieben Freunden und Bekannten, die uns an-
 läßlich unserer **silbernen Hochzeit** durch Glückwünsche
 und Geschenke so überaus erfreuten, sowie dem lieben Män-
 nergesangsverein für das uns dargebrachte Morgenständchen,
 sagen wir hiermit unseren
herzlichsten Dank.
Emil Selbig und Frau
 Minna geb. Köster.
 Reichenbach b. H.-Gr., Nov. 1920.